

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Dresdner-Druck: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gammlnummer 25 241
Tarif für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 3.—, oder durch die Post bei täglich zweimaliger Versand monatlich M. 4.—, — außerhalb Dresdens M. 11.— (Familienanzüge, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10spaltige An- und Berichte 25 %, Nachsch. Vorzugssätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 3.—.

Schreibleitung und Hauptverlagsstelle:
Maximilianstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neufuss & Neufuss in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unserlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Ernst Lange
Koffer- u. Taschenfabrik
König-Johann-Str. 11, Pinnauer-Platz

BANKHAUS HERMANN SCHULZ,
Fernsprecher: Kommanditgesellschaft Fernsprecher:
14026, 14034, 14038 12 Schreiberbergasse 12 Fernverkehr 20804
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Belvedere Blesch
Hotel u. Kaffee
Brühlsche Terrasse
Kleinkunstbühne
4 Uhr Täglich 8 Uhr
Große Elber-Orchester-Konzerte
4-7 Uhr und 8-12 Uhr:
Konzerte
Weinrestaurant — Bar
Frühstücksstube

Der bayerische Konflikt und die Reichsverfassung.

Das eventuelle Verfahren der Reichsregierung gegen Bayern.

Berlin, 24. Juli. In der heutigen Kabinettsitzung aus Anlass des Zwistes zwischen Bayern und dem Reich wird von der Deua noch berichtet, daß das Reichskabinett zu der Überzeugung kam, man müsse abwarten, ob die bayerische Regierung nicht selbst einen Ausweg finde, der das organische Gefüge des Reiches vor Konsequenzen und Erschütterungen bewahre, die für alle Teile aufs tiefste bedauerlich wären. Rein juristisch wäre der Weg, den die Reichsregierung zu gehen hätte, falls Bayern zum Erlaß einer besonderen Ausnahmeverordnung schreite, der folgende: Der Reichstag müßte sofort einberufen werden und seinerseits die Aufhebung der von der bayerischen Regierung erlassenen Ausnahmeverordnung beschließen. Auf Grund dieses Reichstagsbeschlusses aber würde der Reichspräsident die Aufhebung der bayerischen Verordnung verfügen. Anzuleh habe das Reich die Möglichkeit, beim Obersten Reichsgericht eine Entscheidung zu beantragen, ob überhaupt die bayerische Verordnung zulässig sei. Diese juristischen Erwägungen seien jedoch erst in zweiter Linie von Bedeutung, da es sich um eine außerordentliche politische Frage handle. Eine Entscheidung des Reichskabinetts dürfte nicht vor Mitte der Woche zu erwarten sein.

Berlin, 24. Juli. Wie das „Mittel-Nachrichtenblatt“ erzählt, betrachtet man in parlamentarischen Kreisen den Konflikt zwischen Bayern und dem Reich allgemein ernst. Es müsse festgestellt werden, daß die Spannung zwischen Berlin und München noch nie einen derartigen Grad erreicht habe, wie jetzt. Auf keinen Fall werde die Reichsregierung dulden dürfen, daß sich ein Einzelstaat der Durchführung von auf verfassungsmäßigem Wege zustandekommene Reichsgesetze widerehe. Wenn nicht in den führenden Kreisen Bayerns die Verfassungstreue liege, so werde man vor der sehr ernstlichen Notwendigkeit stehen, gegen Bayern die aus einem solchen Verstoß sich ergebenden verfassungsmäßigen Konsequenzen zu ziehen. Die Reichsverfassung biete dem Reichspräsidenten die Handhabe, mit der bewaffnete Macht und durch einen Reichskommissar die Durchführung der Reichsgesetze herbeizuführen, sowie auch jedes bayerische Sondergesetz, das gegen die Reichsverfassung verstoße, außer Kraft zu setzen. Die bayerische Regierung müßte unter Umständen auch damit rechnen, daß sofort eine Gegenaktion der Arbeiter im Reich eintreffe, die vermutlich auch mit einer Unterbindung der Kohlenversorgung Bayerns den bayerischen Widerstand brechen würde.

Zustimmung des Ministerrates zu den Vorschlägen der Bayerischen Volkspartei.

München, 24. Juli. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, hat der Ministerrat in der Angelegenheit der Schutzgesetze und ihrer Anwendung in Bayern die Vorschläge der Bayerischen Volkspartei sich zu eigen gemacht. Meldungen, die von einer bereits gefallenen Entscheidung sprechen, sind, wie das Blatt ausführt, nicht zureichend. Denn erst die Annahme oder Ablehnung der Vorschläge Bayerns durch das Reich stelle Bayern vor die endgültige Entscheidung. Dazwischen werde allerdings eine sehr wahrscheinliche Landtagsneuwahl mit Regierungsbildung liegen, da so wichtige Entscheidungen aller Parteien eine Befragung des bayerischen Volkes ratsam erscheinen lassen.

Die Haltung der bayerischen Demokraten.

München, 24. Juli. Die deutsch-demokratische Fraktion beschloß nach längerer Fraktionsberatung eine Kundgebung, in der sie zunächst auf die Forderungen der Bayerischen Volkspartei Bezug nimmt und hervor-

hebt, daß die demokratische Fraktion an den Vorverhandlungen schwere Bedenken gegen wichtige Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik und der anderen Reichsgesetze geltend machte und bereit war und ist, alles zu tun, um eine baldige weitere Verbesserung der Gesetze im Sinne allgemeiner demokratischer Grundzüge und im Sinne der bayerischen staatlichen Hoheitsrechte auf verfassungsmäßigem Wege durchsetzen zu helfen. Der Weg, den die Staatsregierung im Vollzug der Beschlüsse der Bayerischen Volkspartei einschlägt, erscheint uns verfassungsmäßig unangemessen und politisch gefährlich. Durch die Beschlüsse der Bayerischen Volkspartei und der Mehrheit des Staatsministeriums ist das bisherige Regierungsprogramm einseitig durchbrochen und die bisherige Regierungskoalition aufgehoben. Die deutsch-demokratische Fraktion ist nicht in der Lage, die Verantwortung zu übernehmen für die jetzt von der Staatsregierung eingeleitete Politik, die zu einem tiefen Zwiespalt im deutschen und bayerischen Volke wie zu schweren und politischen Schädigungen zu führen droht. Angesichts dieser Gefahren halten wir es für die Aufgabe aller auf deutsch und auf bayerisch Gesinnten, die zwischen Land und Reich ausgebrochene Krise trotz allem auf verfassungsmäßigem Wege auszugleichen, um der Einheit des deutschen Volkes willen. (W. T. B.)

Die Entschlebung des Bayerischen Bauernbundes

München, 24. Juli. Der Landesvorstand des Bayerischen Bauernbundes hat in seiner heutigen Sitzung die folgende Entschlebung angenommen: Der Bayerische Bauernbund steht seit seiner Begründung auf dem Boden des Föderalismus und hat diesen seinen Standpunkt nach der Umwälzung von 1918 und bei der Abstimmung über die Verfassung in Weimar beibehalten und zum Ausdruck gebracht. Er hat wegen der Preisgabe namentlich der Hoheitsrechte der einzelnen Staaten in Weimar gegen die Verfassung gestimmt. Angesichts der unvertretbaren Verhältnisse zur Verrückung der republikanischen Staatsform und ihrer Träger hält er eine entschiedene Abwehr der sich aus diesen Verhältnissen ergebenden Gefahren für dringend notwendig. In seinem Bedauern hat das vom Reichstag und Reichsrat angenommene, diesem Zweck dienende Gesetz eine Form erhalten, die einen Einschnitt in die bundesstaatlichen Hoheitsrechte bedeutet. Er billigt daher alle verfassungsmäßig zulässigen Verträge der bayerischen Regierung, die geeignet sind, den vom Reichstag und Reichsrat angenommenen Gesetzen ihre bundesstaatlichen Hoheitsrechte bedrohende Wirkung zu nehmen. Dabei hebt er ausdrücklich hervor, daß er die Trennung zum Reich und die Einheit des Reiches unter keinen Umständen preisgeben wird. (W. T. B.)

Ruhefördernde Umzüge in München.

München, 24. Juli. Eine Gruppe von 60 jüngeren Leuten, die unter Abführung antisemitischer Rieder einige Münchner Straßen durchzogen, wüßten den zufällig vorbeikommenden Landtagsabgeordneten Auer an. Erhebungen über die Ruhebrüder sind eingeleitet. Einige Stunden später durchzog ein Zug von Leuten, die die Arbeitermarkeille trugen, die gleichen Straßen. Mit Rücksicht auf diese Vorkommnisse hat die Polizeidirektion angeordnet, daß die Sicherheitsorgane künftighin jenen, die zur Nachtzeit in ruhestörender oder provozierender Art die Straße durchziehen, anhalten und die Teilnehmer festnehmen, (wh.)

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik.

Leipzig, 24. Juli. Die endgültige Zusammenfassung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik ist folgende: Den Vorsitz führt Senatspräsident Dr. Dagen, die Stellvertretung ist dem Senatspräsidenten Richter übertragen. Als Mitglieder des Staatsgerichtshofes wurden Reichsgerichtsrat Dr. Baumgarten und Reichsgerichtsrat Dr. Keilner ernannt. Als Untersuchungsrichter fungiert Landgerichtsdirektor Alken vom Landgericht Frankfurt a. M. In den letzten Tagen haben bereits einige interne Sitzungen stattgefunden. (W. T. B.)

Schwere kommunistische Ausschreitungen.

Mausthal, 24. Juli. Am Donnerstag fand eine Demonstration der kommunistischen Arbeiterjugend des Dargers Unterbezirks statt. Dabei plünderten die Kommunisten die Häuser und Gasthöfe der hiesigen Korporationen der Bergakademie Mausthal und verbrannten deren Möbel und Embleme. Es gab dabei einen Toten und mehrere Schwerverletzte.

Ueber die blutigen Vorfälle am Sonntag gibt die Mausthaler Polizeibehörde eine Darstellung, in der es heißt: Die kommunistische Jugend des Dargers veranfaßte am Sonntag in Mausthal-Jellersfeld eine Demonstration, die sich gegen die „reaktionäre Jugend-erziehung“ richten sollte. Um 5 Uhr früh, als sich die Demonstranten unter Führung zahlreicher roter Fahnen am Bahnhof Mausthal versammelten, kam es zum ersten Zwischenfall. Der Student an der Mausthaler Bergakademie Karl Bode hatte seinem Mißfallen über die Demonstration Ausdruck gegeben und dabei die rote Fahne als einen Vapen bezeichnet. Die Vorüberziehenden hörten die Worte und drangen nun auf Bode ein, der zunächst aus seinem Revolver zwei Schrotkugeln in die Luft abgab und dann in den Wartesaal des Bahnhofes flüchtete. Die erröte Menge folgte ihm dorthin. Als die Fäuligkeiten fortgesetzt wurden, zog der Student seinen Revolver von neuem und gab einen Schuß in die Menge ab, der einen 15jährigen Demonstranten tötete. Dem Studenten wurde darauf von den Kommunisten mit einem Stein die Schädeldede zertrümmert und andere schwere Verletzungen beigebracht. Bode mußte nach

dem Krankenhaus geschafft werden, wo er hoffnungslos darniederliegt. Er hatte bis zum Montag abend das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt. Die Kommunisten marschierten dann im Zuge in die Stadt und drangen auf ihrem Wege in die Häuslichkeiten einer Reihe studentischer Verbindungen ein, wo sie Kasserollen, Büchen, sowie studentische Embleme und Aequilien von den Wänden rissen und aus dem Fenster warfen. Die inzwischen alarmierte Polizei konnte schließlich dem Treiben Einhalt tun und weitere Verbindungsbücher vor diesen Verbindungen schützen. In der Stadt selbst kam es dann noch zu weiteren Zusammenstößen mit Studenten, wobei mehrere von ihnen erheblich verletzt wurden.

„Staatspolitische Notwendigkeit.“

Halle, 24. Juli. Obwohl die Stadt Halle noch nicht 200 000 Einwohner zählt, ernannte die Regierung mit der Begründung, daß eine staatspolitische Notwendigkeit vorläge, einen Polizeipräsidenten für die Stadt Halle, und zwar den ehemaligen Kölner Polizeipräsidenten, den Mehrheitssozialisten Rung-Offen.

Fortdauer der italienischen Kabinettskrise.

Rom, 24. Juli. Orlando lehnte den ihm erteilten Auftrag, das Kabinett zu bilden, ab, weil die Sozialisten sowohl wie die Katholische Volkspartei nicht mit Abgeordneten der Rechten in ein Kabinett einziehen wollen. Der König empfing heute den Kammerpräsidenten Nicola Rom, 24. Juli. Der König hat den Senatspräsidenten Littoni und darauf Bonomi empfangen. (W. T. B.)

Wirtschaftliche Bernunft oder polnische Ostbarriere?

Wenn sich am 1. September in Dresden zu Warschau die deutschen und die polnischen Vertreter zu den lange angelegten, lange erwarteten und für beide Staaten gleich wichtigen wirtschaftlichen Hauptverhandlungen zusammensehen, so muß vorher, sollen die Verhandlungen irgendeinen praktischen Erfolg haben, die Entscheidung über die großen Richtlinien der künftigen polnischen Politik gefaßt, muß der Kampf zwischen Bilinski und seinen chauvinistischen Geanern, den Nationaldemokraten, zugunsten des erhaberen entschieden sein. Denn unter der Vorherrschaft der fanatischen antideutschen Döppelritter und unerbittlichen Anhänger der französischen Politik der Ostbarriere zwischen Deutschland und Rußland ist eine deutsch-polnische Verständigung in den bevorstehenden Verhandlungen ausgeschlossen. Es handelt sich bei diesen Verhandlungen doch nicht ausschließlich um wirtschaftliche Fragen, da für uns ein Eintreten für die Interessen der geradezu ungeheuerlich unterdrückten und vergewaltigten großen deutschen Minderheiten unerlässlich ist und wir keinerlei Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiete machen können, wenn Polen als getreuer Vasall Frankreichs nicht die Gewähr für einen ungehemmten Verkehr Deutschlands nach dem Osten gibt. Zwar Jan Korjantus, der markanteste Vertreter des polnischen Chauvinismus vom Salage der Nationaldemokraten, ist als Ministerpräsident erledigt und damit ein unüberwindliches Hindernis auf dem Wege einer deutsch-polnischen Verständigung beseitigt, aber man darf auch nicht übersehen, daß sein Fall nur auf die abnehmende Haltung des nur 26 Abgeordnete zählenden Klubs der Verfassungsgarben zurückzuführen ist, daß also die Zahl der Anhänger Korjantus trotz dieses Abschlusses noch immer sehr groß ist. Man darf ferner nicht daran verüßern, daß mit dem Falllassen Korjantus noch keineswegs eine Abkehr von der Döppolitik gegeben ist, da viele Chauvinisten zweifellos nur in dem struppeligen und blutrünstigen Aufständischen keine für die Leitung der Staatsgeschäfte geeignete Persönlichkeit erblicken, daß sie also gegen Korjantus stimmen, ohne die sachliche Politik der Nationaldemokraten für verfehlt zu halten. Andererseits bleibt auch bei den „gemäßigten“ Polen um Bilinski noch so viel an Nationalismus und eingeleiteter Deutschfeindlichkeit übrig, daß man keinen Grund hat, dem kommenden Verhandlungen mit allzu starkem Optimismus entgegenzusehen.

Die bisherige wirtschaftliche Entwicklung ist hier allerdings bereits ein erfolgreicher Lehrmeister gewesen und bezeugt auch merklich auf Chauvinisten und Franzosenverehrer einzuwirken. Gerade der vor einiger Zeit von Frankreich aufgezwungene französisch-polnische Handelsvertrag mit seinen selbst von den polnischen Nationaldemokraten scharf kritisierten einseitigen Vorteilen für Frankreich hat der traurigen wirtschaftlichen Lage Polens keine Erleichterung gebracht, und das untrügliche Wirtschaftsbarometer der Valuta beweist unumkehrbar, daß die polnische Abhängigkeit von Deutschland. Die Zuteilung der reichen wirtschaftlichen Kräfte Oberschlesiens hat sich für Polen volutarisch wenig oder gar nicht ausgewirkt, und wenn heute die polnische Wark trotz des katastrophalen Warksturzes immer noch, wie vor Jahresfrist, nur etwa den zwölften Teil der deutschen Wark wert ist, so erhellt daraus, daß Polen auf Waren-einfuhr aus Ententeländern wohl oder übel verzichten muß. Noch sprechender sind die Zahlen der allerdings recht lidenhaften polnischen Handelsstatistik. Hatte schon in der Zeit vom Januar bis Juni 1920, als Polen eben die abgetretenen deutschen Gebiete besetzt und die im Lande befindlichen Reichsmarkbeträge durch erzwungenen Umtausch gegen nominell gleiche Beträge in polnischer Wark an sich gerissen hatte, die deutsche Einfuhr 90 Prozent der polnischen Gesamt-einfuhr betragen, so blieb Deutschland auch nach der Auswirkung dieses unverständigen wirtschaftlichen Vorteils nach der Jahresstatistik für 1921 noch immer mit 62,1 Prozent an der Spitze aller Einfuhrmächte, während die Einfuhr aus dem Lande der intimsten Freunde Polens, aus Frankreich, mit 0,3 Prozent an letzter Stelle rangiert. Die aktive polnische Ausfuhr aber acht mit 70 Prozent nach Deutschland und Oesterreich. Sie könnte ganz erheblich höher sein, wenn man nicht in geradezu unverständlicher politischer Verböhrtheit die ungeheuren landwirtschaftlichen Kräfte der abgetretenen deutschen Gebiete zerrüttet hätte. War doch die Provinz Posen anerkanntermaßen die in Bezug auf landwirtschaftliche Kultur hochstehendste preussische Provinz. Wenn man aber, wie im Herbst 1920, in der Provinz Posen einem deutschen Gutbesitzer, der einen kleinen polnischen Markt nach Deutschland verkauft hatte, weil er in dem damals mit Lebensmitteln überreich angelegten Posen seine Abnehmer fand, keine Ausfuhrerlaubnis erteilt und ihn zwingt, die Kartoffeln als Viehfutter zu verwenden und den größten Teil als Dünger wieder auf den Acker zu fahren, wenn man die erfahrenen deutschen Landwirte und Ansiedler mit Hilfe der Liquidation und eines ungeheuerlichen antideutschen „Agrarreform“-Gesetzes aus dem Lande jagt und unersöhrene galizische und großpolnische Bauern an ihre Stelle setzt, so darf man sich nicht über den Niedergang der Landwirtschaft und ihre Extensivierung wundern. Der Austausch polnischer Lebensmittel, die wir nicht mit hohen Auslands-

Der französische Spionagedienst in Deutschland.

Denken zu beschließen brauchen, gegen in Polen dringend benötigte deutsche Industriearbeiter wäre aber die ideale Grundlage für das deutsch-polnische Verhältnis gewesen, wenn Vernunft gesprochen hätte.

Zeit dessen lag man vor, die deutschen Landwirte durch Entschädigung, den deutschen Kaufmann und den Handwerker durch Entschädigung der Rundschaft, den Beamten und Arbeiter durch Erfordern der politischen Sprache und der Abbeugung des Befennnisses zum Deutschum aus dem Lande zu treiben. Mit dem Erfolge, daß die deutsche Bevölkerung dezimiert wird. Dafür lagte man dem von Frankreich eingegebenen Ziel einer antideutschen Barriere, eines unüberwindlichen Walls von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer nach und hielt den Erfolg für gesichert, als es kurz vor der Konferenz von Genoa gelang, die Handelsstaaten zu der Heberzeugung von der Notwendigkeit eines geschlossenen Aufstrebens in der Frage des Ostentente-Abkommens mit Rußland zu bringen und gleichzeitig Polens Ansehen zu die kleine Entente zu vollziehen. Das Navall-Abkommen schlug die erste Forderung in diesen Ring, da Finnland eine antideutsche militärische Bindung ablehnte und Letztend befürchtete, der Vorteile des Transitverkehrs über Riga nach Rußland verlustig zu gehen. Die Erfolglosigkeit der Genoa-Konferenz und die des öfteren in Erwägung tretende Einheitsfront der kleinen Entente gegen die französische Weltmacht, wie auch die Haltung der Handelsstaaten, die ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Mitteleuropa nicht gefährden konnten, zeigte die ganze Brügigkeit dieses gegen alle wirtschaftliche Vernunft gerichteten Barrieregebäudes. Nimm man hinzu, daß auch in Frankreich infolge der eigenen Vorkonferenzen die Heberzeugung Boden gewann, daß ein Isolationszentrum im Osten Europas durchaus nicht im französischen Interesse liege, wie es aus Reueberungen hervorgeht, so kann man es verstehen, daß bereits die vorhererzählten deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau ein Ergebnis gebracht haben, das in wirtschaftlichen Kreisen sehr begrüßt wird.

Die Vorteile der jetzt bereits vereinbarten Regelung, der Artigkeit des deutschen Transitverkehrs nach Rußland durch Polen und des deutschen Verkehrs auf alle die Erleichterungen der Ausfuhr, die infolge der hartnäckigen polnischen Beigerung, die Rechte der deutschen Minderheiten in Polen zu achten, notwendig wurden, liegen auf der Hand. Denn auch für Polen eröffnet der Transitverkehr nach Rußland neue wirtschaftliche Möglichkeiten, während ein verbotener Grenzverkehr mit Polen auch für uns Vorteile bringt. Es fragt sich aber doch, ob wir unser Zugeständnis nicht zu früh und ohne genügend große Gegenleistungen gemacht haben. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Erleichterung der Ausfuhr und letzten Endes der wirtschaftliche Vorteil die einzige, allerdings ungeheurer Stärke Waffe gegen Polen bildet, die uns heute noch zur Verfügung steht. Umwelts hat die Ausfuhr und die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Verständigung mit Deutschland günstig und maßgebend auf die Verhandlungen über Ober-Schlesien einzuwirken, und die Tatsache, daß alle bisherigen Versuche einer allgemeinen wirtschaftlichen Verständigung zwischen Deutschland und Polen daran gescheitert sind, daß Polen in den großen Fragen des Minderheitenrechtes — trotz des darüber bereits abgeschlossenen Vertrages — der Anliefer, des jenseitigen Ausgleichs, der Verwaltungsabrechnung und des Spandener Abkommens auf seinem einseitigen und rücksichtslosen Standpunkt verharrt, rechtfertigt die Befürchtung, daß diesmal bereits eine äußerst wichtige deutsche Position aufgegeben wurde, ohne daß in diesen politischen Fragen irgend ein politisches Entgegenkommen erreicht wurde. Wichtig die Regelung, daß die Punkte jedenfalls in das letztmögliche Verhandlungsprogramm aufgenommen wurden, ist noch fernab davon eine Gewähr für ihre gerechte Lösung. Sind doch gerade in Polen, wie besonders bei den Minoritätenverträgen, noch nicht einmal feierlich unterzeichnete Verträge eine Gewähr gegen die politische Unterdrückungspolitik. Es wird sich bei den kommenden Verhandlungen herausstellen müssen, ob dieser Fehler tatsächlich gemacht worden ist, oder ob die jetzigen Abmachungen aus einer vorläufigen Regelung bilden, die uns bei den Hauptverhandlungen noch freie Hand läßt. Auch in Polen dürfte man sich darüber klar sein, daß die polnische Wirtschaftslage ohne anregende Handelsbeziehungen mit Deutschland eine gefährliche Gefahr annehmen muß, und es wäre dringend zu wünschen, daß die immer noch fehlende Zenerung in Polen auf die hauptsächlich überhöhte Zeim-Atmosphäre einwirkt, um den deutsch-polnischen Ausgleich nicht scheitern zu lassen.

Daß die Franzosen ganz Deutschland mit einem ausgedehnten Spionagedienst überzogen haben, ist bekannt. Weniger bekannt ist der deutsche Öffentlichkeit ist ihr System, die Organisation, Gliederung und Arbeitsweise dieses Netzes, wie es uns die von Jahr zu Jahr zunehmenden Spionageprozesse vor dem Reichsgericht in Leipzig und zuletzt noch die Enthüllungen des Falles Knapp zeigen.

Der gesamte französische Nachrichtendienst in Deutschland wird von einer besonderen Abteilung des französischen Generalstabes in Paris geleitet. Sie arbeitet im engsten Einvernehmen mit der belgischen, polnischen und tschechischen Spionage und bezieht ihre Hauptstellen in den verschiedenen in Deutschland sitzenden Kontrollkommissionen, dem französischen und belgischen Oberkommando im besetzten Gebiet, dem französischen Generalstabskommando in Straßburg, der französischen Gesandtschaft in München, den Chefs der französischen Militärmissionen in Warschau und Prag, in dem französischen Oberkonsularat in Remel und in der französischen Vertretung in Danzig, die alle ihrerseits wieder in enger Verbindung miteinander stehen. Daneben bestehen noch französische Nachrichtenstellen im neutralen Ausland in Basel, Amsterdam und Kopenhagen, die die Reste der französischen Spionageorganisation im Krieges bilden, von Neutralen geleitet werden und vor allen Dingen die Spionage des unbesetzten Deutschland bzw. die Sammlung der aus diesem kommenden Nachrichten zur Aufgabe haben. Diese Hauptstellen des französischen Nachrichtendienstes verfügen ihrerseits nunmehr natürlich wieder über eine entsprechende weiterverteilte Unterorganisation. Die internationalisierte Militärkontrollkommission des Herrn Rollet besitzt diese ohne weiteres in ihrem auf das ganze Reich verteilten Unterkommissionen, die Nachrichtenabteilung des französischen und belgischen Oberkommandos in ihren Sektionen in Mainz, Wiesbaden, Düsseldorf und Duisburg, von denen aus alle wichtigen Plätze des besetzten Gebietes mit sogenannten „bureaux de renseignements“ strahlensförmig besetzt sind. Jedes dieser Bureaus steht unter der Leitung von Offizieren und verfügt über eine große Anzahl von Agenten und Agentinnen. Die Auswertung der einzelnen eingehenden Nachrichten erfolgt bei den Hauptstellen, von denen sie dann angeworfen an den Pariser Generalstab weitergeleitet werden. Jede Nachrichtenstelle hat ihren bestimmten Abschnitt, die im Westen Deutschlands liegenden vornehmlich den Westen, die im Osten liegenden vornehmlich diesen. Das französische Spionagebureau in Düsseldorf dient fast ausschließlich der Ausplünderung des Ruhrgebietes. Es wurde auch erst bei Bildung der Ruhrarmee im Mai 1921 eingerichtet.

Der Spionage eng angegliedert ist die Spionageabwehr, die ähnlich unserer früheren geheimen Feldpolizei unter der Bezeichnung „Secrète militaire“ mit sachmännlich ausgebildeten Vorkriegspersonen besetzt ist. Sie unterhält in allen größeren Städten, besonders in allen Garnisonen und größeren Eisenbahnknotenpunkten des besetzten Gebietes ihre Agentenstellen und eine größere Zentrale für den Osten und für Polen im besonderen bei der Verbindungsstelle der französischen Militärmission in Polen.

Die französische Spionageorganisation soll dem französischen Generalstab und seiner Regierung das nötige Material für die Unmöglichkeit einer französischen Abwehrung und für die Notwendigkeit einer harten französischen Wehrmacht, dann aber die Unterlagen zur Aufrechterhaltung der Kontrolltätigkeit in Deutschland liefern. Sie erstreckt sich dementsprechend auf alle militärischen, wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen und Wände Deutschlands und sucht vor allen Dingen mit militärischen Behörden, der Schutzpolizei, Regierungsstellen und politischen Parteien Fühlung zu nehmen, um so in den Besitz von wichtigen Aktenstücken, Ausdrucksvorschriften für das Reichswehr und Originalbefehlen über die Einheiten der deutschen Heeresorganisation zu kommen. Die Agenten haben deshalb Auftrag, sich, soweit es sich um die Feststellung militärischer Sachen handelt, an einzelne Reichswehrsoldaten und Schutzpolizisten heranzumachen. Teilweise versucht die französische Spionage auch ihre Agenten, die ehemalige deutsche Heeresangehörige sind, früher der Reichswehr oder irgendwelchen Freikorps angehörit haben, zum Wiedereintritt in das neue deutsche Heer oder zum Eintritt in Regimentsvereinen und Geheimbänden zu veranlassen, um auf diese Weise möglichst viel zuverlässiges Material zu erhalten. Die Beschaffung der Agenten erfolgt je nach dem Werte des herbeigeschafften Materials, und die Folge davon ist, daß ein großer Teil der Agenten völlig erdachte und gefälschte Nachrichten bringt. Dieses System hat bereits zur Bildung ganzer Fälscherzentralen im besetzten Gebiet geführt, deren berichtigte die des Franzosen Lemagne und des Vatelers Merlon in Aachen sind.

Die wirtschaftliche Spionage der Franzosen, die im wesentlichen in der Hand der französischen Botschaft in Berlin bzw. Gesandtschaft in München und deren Unterorganen liegt, sucht sich vor allen Dingen die Methoden und Wege anzuzeigen, die die deutsche Industrie zu Ansehen und Erfolg gebracht haben, um so die Versuche unserer Ausfuhrindustrie, auf dem Weltmarkt wieder Fuß zu fassen, zu verhindern. Sie begnügt sich jetzt nicht mehr mit detaillierten Angaben über Förderuna, Versand und Absatz von Steinkohlen, Zusammenfassung der Belegschaften, Selbstkosten der Gruben, Schem der Koksöfen usw., sondern ist beirrecht, nach Möglichkeit auch tieferen Einblick in die Betriebe wichtiger Fabrikationszweige und in geheime deutsche Herstellungsmethoden zu gewinnen. Diese Spionage erstreckt sich besonders auf Ober-Schlesien, Mittelschlesien und das rheinisch-westfälische Industriegebiet sowie auf die deutsche Farbindustrie.

Den ganzen Umfang der französischen Spionage erhält am besten die Tatsache, daß allein im ersten Vierteljahr dieses Jahres das Reichsgericht in Leipzig 88 Personen wegen Spionage abzuurteilen hatte und daß von diesen allein 11 Spione in den letzten Dezembertagen des vergangenen Jahres im rheinisch-westfälischen Industriegebiet festgenommen wurden. Dabei muß noch ausdrücklich hervorgehoben werden, daß der Schaden, der durch gefälschte Dokumente angerichtet wird, weit größer anzuschlagen ist, als der, der durch wirkliche behördliche Urkunden unter Umständen entstehen kann.

Dresdner Nachrichten
Dienstag, 25. Juli 1922
Seite 2

Smeets Hochverrat geht weiter.

Paris, 24. Juli. Die französischen Zeitungen veröffentlichen einen Bericht über eine Versammlung, die Smeets in Aachen abgehalten hat, um für die freierheilmische Republik Propaganda zu machen. Ausgeteilt sollen 800 Flugblätter sein. Smeets wurde zum Präsidenten gewählt und empfahl die Vertreibung der Rheinländer „vom preussischen Joch“ und die Vertreibung aller preussischen Beamten, die Wohl einer steigenden Kommissar im Hinblick auf die internationalisierte Rheinlandkommission, die Abänderung der bestehenden Verträge und ähnliches. Alle diese Vorschläge wurden von den Anhängern Smeets einstimmig angenommen. An dieser hochverräterischen Versammlung nahmen drei Mitglieder des französischen Komitees für das linke Rheinufer und ein Vertreter des belgischen Ministers des Auswärtigen, der Senator Veinun, teil. Einer der Franzosen verlas eine Adresse in deutscher Sprache, in der den Anhängern von Smeets die Unterwerfung Frankreichs vorgeschlagen wurde. Die Parole sei: Die Rheinlande dem Rheinlande!

Ein deutscher Unabhängiger in Paris.

Berlin, 24. Juli. Der unabhängige Reichstagsabgeordnete Rudolf Breitscheid begibt sich in den nächsten Tagen nach Paris, um bei der Gedenkfeier anlässlich der Ernennung des Sozialistenführers Faurès eine Ansprache zu halten. Dr. Breitscheid will bei dieser Gelegenheit auch mit den Führern des französischen Parlaments Fühlung nehmen.

Die Kosten für die englische Besatzungsarmee.

London, 24. Juli. Im Unterhause sagte Sir Robert Horne in Erwiderung auf eine Anfrage bezüglich der Kosten der Besatzungsarmee Englands, daß Großbritannien ungefähr 20.500.000 Pfund Sterling an Reparationszahlungen erhalten habe, wovon noch 800 Millionen Papiermark laien, die im Rheinlande eingezogen seien. Die Gesamtkosten der Besatzungsarmee betragen bisher ungefähr 24 Millionen Pfund Sterling. Somit entsprächen die Einnahmen ungefähr den Befehlskosten. Kennworth fragte im Unterhause, ob die deutsche Regierung der französischen Republik ein Angebot gemacht habe, wonach Frankreich seine Schulden an England erlassen werden sollten unter der Bedingung, daß die Reparationsforderungen herabgesetzt würden. Horne verneinte diese Frage. Er könne im Augenblick den früher abgegebenen Erklärungen nichts hinzufügen. Kennworth fragte: Sind somit die in der Presse, besonders in der amerikanischen, erschienenen Berichte ungenau? Horne erwiderte, es werde besser sein, sich in dieser Frage nicht auf Presseberichte zu verlassen. (S. I. B.)

Schuldentilgung und Moratorium.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 24. Juli. Wie unser diplomatischer Mitarbeiter erfährt, sind die Verhandlungen zwischen den Alliierten und Amerika hinsichtlich der Schuldentilgung an Amerika noch nicht in ein entscheidendes Stadium getreten. Infolgedessen ist es auch verfrüht, wie es einzelne Abendblätter tun, von einem neuen französischen Plane in der Reparationsfrage zu sprechen. Es handelt sich vielmehr bei den Plänen, die Poincaré in London entwickelt wird, lediglich um eine Wiederaufnahme von Gedanken, die bereits seit langem die politische Kreise in Frankreich bewegen und die durch die Arbeit des neuen Finanzministers nur einen präzisieren Ausdruck finden sollen. Allerdings hat man in allen Kreisen der Alliierten die Hoffnung, daß noch den amerikanischen Wahlen im Herbst dieses Jahres die Frage der Schuldentilgung an Amerika in ein neues Stadium treten wird und daß alsdann die Arbeiten der französischen Delegation in Amerika unter Führung von Poincaré und auch der englischen Delegation ihre Früchte zeitigen wird. Vorläufig wird allerdings auch die Frage der Schuldentilgung Frankreichs gegenüber Englands zur Sprache kommen. Diese Frage ist bereits in den bekannten Verhandlungen zwischen Poincaré und der englischen Regierung eingehend zur Sprache gekommen. Poincaré wird vorericht nichts anderes tun können, als die bereits von seinem Vorgänger Briand angeknüpften Verhandlungen fortzusetzen. Vom deutschen Standpunkt aus kann man nur wünschen, daß diese Besprechungen zu einem Ergebnis führen mögen. Denn in den Kreisen der französischen Regierung scheint man nach wie vor nicht geneigt zu sein, den Wünschen Deutschlands

nach einem Moratorium oder einer Anleihe entgegenzukommen, eine nicht ohne eine Regelung der französischen Schulden gegenüber England und Amerika erfolgt ist.

Was Frankreich erwartet.

Paris, 24. Juli. Wie der „Temps“ zur Reparationsfrage schreibt, erwartet die öffentliche Meinung Frankreichs von England den Ausglick der Kriegsschulden unter den Verbündeten, ohne erst auf das Beispiel Amerikas zu warten. Dieser Ausglick würde eine Herabsetzung der Forderungen in Deutschland zur Folge haben, ferner eine Abmahnung, nach der die Reparationszahlungen Deutschlands für den Ausbau der zerstörten Gebiete verwendet werden sollen und die Gewissheit, daß in kurzer Zeit eine ähnhche Anleihe für Deutschland aussteht, die groß genug ist, um die Sanierung der deutschen Finanzen zu ermöglichen und auf der Grundlage der Finanzreform andere Kreditreparationsherbeisühren, die das Geld für die Wiedergutmachung herbeischaffen könne. Die Bereitwilligkeit Poincarés, schon am 1. August nach London zu reisen, soll durch die Vorkellungen amerikanischer Persönlichkeiten über den Ernst der Lage herbeigeführt worden sein. Es heißt, daß Poincaré, der nach Amerika geschickt wurde, um mit der amerikanischen Regierung über die französischen Kriegsschulden zu sprechen, dem französischen Ministerpräsidenten gefehelt habe, man sei in Amerika sehr erfreut darüber, daß Frankreich sich mit England in der Reparationsfrage nicht verständigen könne.

London, 23. Juli. „Observer“ schreibt in einem Leitartikel: Die erhoffte Änderung der französischen Politik ist noch nicht da, der Inhalt der Note Poincarés an den französischen Vertreter in der Reparationskommission ist eine Illusion wie die zahlreichen Mandate, die die gegenwärtige Politik veranlaßt haben. Es ist Tatsache, daß die Wort im Bericht steht, endgültig in die Tiefe zu gehen, und daß sie dabei nicht ohne Gefährdung bleiben wird. Poincarés Note enthält keinerlei Verhandlung für den Ernst der Krise, der Europa gegenübersteht. Ein Moratorium ist jetzt ein notwendiger Schritt, darüber ist kaum zu streiten. Es ist bekannt, daß die britische Regierung bereit ist, die Annulierung ihrer Forderungen an Frankreich gegen Annulierungen von deutschen Schulden an Frankreich zu erörtern. Wir sind aber nicht der Meinung, daß diese beiden Maßnahmen gleichen Wert besitzen. Die Deutschland auferlegten Zahlungen gehen nach der allgemeinen Auffassung der europäischen und der amerikanischen Finanzleute über seine Zahlungskraft hinaus. Sie sind außerdem unter militärischem Druck diktiert worden. Die französische Schuld ist eine freie Verpflichtung von ganz anderem Charakter.

Die englischen Schulden an Amerika.

London, 24. Juli. Zwischen Lloyd George und dem englischen Botschafter in Washington Lord Geddes wurde heute über die Frage der englischen Schulden in Amerika und die mögliche Wirkung auf die öffentliche Meinung Amerikas, falls man die deutsche Kriegsschuld zum Teil annullieren würde, besprochen. Der Botschafter wünschte die Entscheidung einer möglichst harten Delegation im nächsten Monat nach Washington, um die Frage einer Konsolidierung der englischen Schuld zu diskutieren.

Baldige Antwort auf die Moratoriumsforderung?

Paris, 24. Juli. „Journal des Débats“ hält es für wahrscheinlich, daß die Antwort der Reparationskommission auf die deutsche Moratoriumsforderung vor der Abreise Poincarés nach London abgehen werde. Das Blatt erklärt aber, es sei fraglich, ob die Reparationskommission Deutschland den verlangten Ausschub bewilligen oder ob sie die Angelegenheit zur Entscheidung an die Regierungen verweisen werde. (S. I. B.)

Eine Stundung auf 20 Jahre für Oesterreich.

London, 24. Juli. Nachgehört an den österreichischen Verhandlungen interalliierte Regierungen haben beschlossen, ihre Forderungen auf 20 Jahre zu stunden und Oesterreich die Zolleinnahmen und die Erträge aus den übrigen Monopolen zur freien Verfügung zu lassen, um sich eine Anleihe zu sichern.

Befähigung der Todesurteile gegen die russischen Geistlichen.

Riga, 24. Juli. Die Sowjetregierung hat das Todesurteil des Petersburger Revolutionstribunals gegen den höchsten Vertreter der russischen orthodoxen Kirche, den Metropolit von Benjiamin, sowie gegen Professor Nowinski und andere Mitglieder des Petersburger Kirchenrats bestätigt. Sie werden sämtlich erschossen.

Keine Verlegung der Reichspräsidentenwahl.

Die Meldungen über eine Verlegung der Reichspräsidentenwahl um zwei Jahre müßte nicht zu. Die Demoskraten tragen nicht die Absicht, einen dahingehenden Antrag zu stellen. Vom dem Reichspräsidentenwahlgesetz wird der Termin für die Neuwahl bestimmt schärfest werden, da Präsident Ebert die Neuwahl selbst wünscht und die Verfassung keine Innewahlungen betrifft, die eine Neuwahl vorzieht.

Abschluß-Verhandlungen über die Arbeiterlöhne.

Berlin, 24. Juli. Die heute nachmittag im Reichsfinanzministerium von der Regierung mit den Spitzenorganisationen auferlegten Beratungen über die Erhöhung der Arbeiterlöhne haben heute Abend zum Abschluß geführt. Die Auszahlung der Löhne soll mit möglicher Beschleunigung erfolgen. (S. I. B.)

Richterischen des „Deutschen Abendblattes“.

Berlin, 24. Juli. Das von dem Reichstagsabgeordneten Müller herausgegebene und in der Truderei der „Deutschen Tageszeitung“ hergeleitete „Deutsche Abendblatt“ ist seit Sonnabend nicht erschienen, da es die Truderei der „Deutschen Tageszeitung“ wegen der letzten heftigen Angriffe auf die gegen die Demokratische Partei abgelehnt hat, das Blatt weiter zu drucken.

Ein Kaiserprozeß gegen den Schriftsteller Emil Ludwig.

Berlin, 24. Juli. Wegen wird vor dem hiesigen Landgericht in einer einwöchigen Verlegungssache des ehemaligen Königs von Preußen gegen den Schriftsteller Emil Ludwig verhandelt. Der Antrag geht dahin, die öffentliche Aufführung und den Nachdruck des Ludwigianer Stückes „Die Entlassung“ zu untersagen. Kaiser Wilhelm und alle zur Zeit der Entlassung Bismarcks leitenden Persönlichkeiten treten in diesem Stück persönlich und handelnd unter voller Namensnennung auf. Es wird zu entscheiden sein, ob es sich jemand gefallen lassen muß, daß seine Person bei Lebzeiten auf die Bühne gebracht wird.

Neue Erhöhung der Kohlenpreise.

Essen, 24. Juli. Die Vertreter der Bergarbeiterverbände werden in den am Dienstag in Berlin beginnenden neuen Lohnverhandlungen mit der Arbeitsgemeinschaft für den Ruhrbergbau eine weitere Erhöhung der Bergarbeiterlöhne um 60 bis 80 Mark für die Schicht beantragen, nachdem erst kürzlich eine Lohnerhöhung um 65 Mark eingetreten ist. Die neuen Lohnforderungen werden begründet mit der starken Zunahme der Teuerung und den höheren Arbeitslöhnen, die namentlich im Baugewerbe und in der Metallindustrie gezahlt werden und immer noch eine starke Abwanderung von Arbeitern aus dem Bergbau in andere Berufe zur Folge haben. Die zu erwartende Erhöhung der Bergarbeiterlöhne veranlaßt wieder eine neue Steigerung der Kohlenpreise um mindestens 200 bis 300 Mark.

Bauarbeiterstreik in Mitteldeutschland.

Magdeburg, 24. Juli. Die „Magdeburger“ berichtet: Die Arbeiter im mitteldeutschen Baugewerbe lehnen den vom Bezirkslohnamt Sachsen-Anhalt gefällten Schlichterspruch auf Erhöhung des Stundenlohnes um 7 auf 15 Mark ab. Der Bauarbeiterverband beschloß, sofort in allen Städten der Provinz Sachsen und in Anhalt die Arbeit einzustellen. (S. I. B.)

Schlesische Umtriebe in der Lausitz.

Aus unserem Beserterkreise erhalten wir die folgende Zuschrift:

Seit Neujahr wird in einem Teile der schlesischen Presse in mehr oder weniger unverdämmerter Tonart der Gedanke erörtert, daß die Lausitzer Serben (Wenden) dem schlesisch-slovakischen Staate einzuverleiben seien. Selbstverständlich müßte dabei auch der größte Teil der Lausitz überhaupt der Tschechien angegliedert werden. Man laßt nicht über diese Unverschämtheit, sondern macht sich klar, daß die schlesischen Umtriebe unter den Wenden der schlesischen Regierung zumindest beträchtliche Unannehmlichkeiten schaffen können. Jedenfalls besteht ein reger politischer Verkehr zwischen den Führern der Wenden und den schlesischen Chauvinisten. Es war schon einigermaßen befremdend, daß Präsident Dr. Masaryk am 5. Januar d. J. die „in Prag zu Gast weilenden“ Lausitzer Serben empfing, wobei er sich folgende Neuerungen leistete: „Ich hoffe, daß der verborgene Geist der Vorkriegszeit, der alte Militarismus und Imperialismus von der Demokratie erlöst werden wird; in dieser wird auch ein Platz für Euch sein, damit Ihr als freie Bürger in der deutschen Republik auf Eurer nationalen Grundlage stehen könnt.“ Man kann nicht gerade behaupten, daß sich dieser Satz durch besondere Klarheit auszeichnet. Nur das eine ist zweifellos, daß Deutschland beschuldigt wird, derzeit den Lausitzer Serben die demokratische Freiheit vorzuenthalten. Es gehört wahrhaftig eine eiserne Stirn dazu, angesichts der schamlosen Unterdrückung der Deutschen in der Tschechien gerade von solcher Stelle aus einen so grundlosen Vorwurf gegen Deutschland zu erheben. Viel deutlicher als die Masarykschen Worte sind die Ausführungen der schlesischen Presse über die Wenden-Frage. Die Prager „Mor. Dem.“ stellt mit Befriedigung fest, daß bereits eine „schlesische Tatkraft“ zur Heranziehung der Lausitzer Serben begonnen hat und fährt fort: „In Budweis ist ein tschech.-lausitzer Verein „Jan Smoler“ gegründet worden, der es sich zur Aufgabe setzt, auch die politischen Bestrebungen der Lausitzer Serben zu unterstützen und unermüdet für die Rechte des lausitz-serbischen Volkes zu kämpfen, dessen Heimat einmal einen einzigen Staat mit unserem Vaterlande gebildet hat.“ Es ist ganz klar, daß diese allerdings recht anfechtbare historische Reminiszenz die Grundlage für eine Zukunftsplanung abgeben soll. Vor kurzem hat auch der Jungbunzlauer „Sokol“ (tschechischer Turnverein) einen Agitationsausflug nach Bausen unternommen, gelegentlich dessen tschechische Blätter, die selbstverständlich nicht als „S.“, was hierbei ausgeklammert wurde, vertragen, nachfolgendes verließen: „Seit der Niederlage der Deutschen meidet sich ein fast vergessenes Volk, die Lausitzer Serben, zum Leben und ruft auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes bei den Großmächten um Freiheit. Dieser gerechten Forderung wurde jedoch nicht Erfüllung gewährt, und die Lausitzer Serben blieben unter dem Joch der Sachsen und Preußen. Aber die Serben sind trotzdem national erwacht. So wie bei uns in den jetzigen Jahren, so wird auch bei den Lausitzer Serben still und unerschütterlich gearbeitet, und der Erfolg stellt sich bereits ein.“ In der Tat zeigen sich bereits die ersten Wirkungen der tschechischen Wählerarbeit, indem die in Bausen lebenden Tschechen daselbst eine eigene Schule errichten wollen und die Aufnahme derselben in das Gebäude der katholischen Schule fordern. Der nur den geringsten Einblick in das tschechische politische Mäntelchen der Slawen im allgemeinen und der Tschechen insbesondere besitzt, wird nicht im Zweifel sein, daß es sich hier um Umtriebe handelt, die dem Deutschen Reich die ernste Verlegenheiten bereiten können und die deshalb von den verantwortlichen Stellen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden sollten.

Vertliches und Sächsisches.

Die sächsische Eisenbahngeneraldirektion kündigt „Reichsbahndirektion“.

Ohne sich mit den Vätern in Verbindung gesetzt zu haben, hat der Reichsverkehrsminister durch eine einfache Verordnung befohlen, daß die Generaldirektionen der nicht-preussischen Länder und die Eisenbahndirektionen Preußens künftig die Bezeichnung „Reichsbahndirektionen“ führen. Der Zweck dieser Verordnung ist offenbar, daß Sachsen, Württemberg und Baden dadurch ihre Generaldirektionen und damit die den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen dieser Länder angepaßten Vorrechte verlieren. Zum Beispiel würde damit die Generaldirektion Dresden, die mehr als doppelt so groß ist, als die größte preussische Eisenbahndirektion, nur noch die Bedeutung der preussischen Direktionen behalten und völlig von der Zentrale in Berlin abhängig werden.

In der ersten Sitzung des Landeseisenbahnrates Dresden, über die wir schon kurz berichtet haben, hat die sächsische Regierung gegen diese Verfügung des Reichsverkehrsministeriums Einspruch erhoben. Das Wirtschaftsministerium erklärt in dieser Verbindung der Bezeichnung eine organisatorische Maßnahme, die nach dem Staatsvertrag

über die „Verzweigung“ der Eisenbahnen nur mit Genehmigung des Reichsrates und unter Zustimmung der beteiligten Landesregierungen hätte erfolgen dürfen. Diefem Standpunkt hat sich auch der Vertreter der tschechischen Staatsregierung in vollem Umfange angeschlossen, ebenso auch der Landesbahndirektor Dresden selbst. Dabei ging man im allgemeinen von der Absicht aus, zu erreichen, daß im Sinne des Staatsvertrages eine Neuorganisation der Reichseisenbahn geschaffen werde, daß aber nicht auf blohem Verwaltungswege fruchtlos dieier endgültigen Neuorganisation vorgegriffen werde. Das Verfahren des Reichsverkehrsministeriums läßt die Befürchtung aufkommen, daß die Regierungen der Länder bei der endgültigen Neuorganisation entgegen dem Staatsvertrag mehr oder weniger ausgehalten werden sollen. Wie verlautet, hat auch die württembergische Regierung die Absicht, gegen das Verfahren des Reichsverkehrsministeriums Einspruch zu erheben. Nach dem Wortlaut der Verfügung müßten auch die bayerischen Eisenbahndirektionen künftig als Reichsbahndirektionen werden. Dann wird wohl auch von Bayern noch Protest eingelegt werden.

Der Kampf gegen die Bebauung des Bismardplatzes.

Der Plan, auf einem Teil des Bismardplatzes ein Bureauhaus zu errichten, begegnet in den weitesten Kreisen Dresdens mit Recht nach wie vor lebhaftem Widerstande. Nachdem wir eine ganze Reihe von Stimmen veröffentlicht haben, die in überzeugender Weise die gegen eine Bebauung sprechenden Gründe darlegen, ist es von Interesse, auch einmal einen Vorkämpfer dieser Idee zu hören. In einer an uns gelangten Zuschrift heißt es:

Es ist selbstverständlich, daß jeder Großstädter zunächst ärgert, wenn davon die Rede ist, einen öffentlichen Platz zu verkleinern. Dabei ist der Kampf gegen die Bebauung des Bismardplatzes an sich nicht verwunderlich, aber zum mindesten schon aus den Gründen sehr übertrieben, weil erstens so getan wird, als ob der Platz gänzlich verschwinden sollte, zweitens, als ob er von einer ganz ausnahmenseitigen paradiesischen Schönheit wäre. Es sei zugegeben, daß er angenehm wirkt und daß sonderbarerweise sein nördlicher Abhang durch einen Bahndamm weniger hervorsticht, als man unbesehen vermuten könnte. Andererseits war aber dieser Abhang bei der Vergrößerung der Eisenbahnhöfe nur ein Nothelfer und die große Deckung nach dem Wiener Platz zu nur dessen notwendige Folge, während der ursprüngliche Bauplan eine geschlossene Häuserreihe im Norden des Platzes an der Stelle des jetzigen Bahndammes vorsah. Blickt man aber, sei es die Prager Straße herauf, sei es aus dem Bahnhof herauskommend, auf diesen, von den beiden Bahndämmen begrenzten Vorplatz tretend, also von da aus, wo jeder Fremde den ersten Eindruck der Stadt empfängt, nach Süden hin, wird eine scharfe Kritik einleiten, denn niemand kann behaupten, daß der Anblick des Bahndammes, auf dem sich gegen den freien Himmel ein Reichstagsgebäude, das Dach eines Werteperrons und ein Pfeiferauchender Bahnhofsitzkonstrukt, von überragender Schönheit sei, und niemand wird nur ahnen, daß die Stadt sich dahinter wesentlich fortsetzt, ja einmal eingeteilt auf die Beobachtung der ganz mihäglischen oder vielmehr überhaupt noch unverkündlichen Lösung dieser höchstbedeutenden Aufgabe, wird der feinsinnigste Besucher, von der inneren Stadt kommend, bald nach Beginn der Prager Straße, schauend auf die südlichen Höhenzüge und den glücklichen Mittelpunkt der Därsischen Sternmarie, die Empfindung einer übergroßen Unterbrechung auf der linken Straßenseite haben.

Deshalb bin ich davon überzeugt, daß das angefeindete Projekt nicht nur einem Nothelfer abhelfen, in dem ein möglichst billiges Terrain für den Fremdenhof und das Bureauhaus geboten wird, sondern daß es eine künstlerische Notwendigkeit erfüllen wird. Das Problem von neuem nur auf den Eindruck des Platzes selbst beschränkend, ist es im Grundriss der Anlage dem nicht ganz unähnlich, das vor bald hundert Jahren der nach dem heutigen Theaterplatz zu offene Zwingerhof stellte. Und ich glaube, daß niemand dessen nördlichen Abhang durch den Semperischen Museumsbau als ungesund empfunden wird, niemand ihn missen möchte, obgleich insofern die Problemstellung anders war, daß es sich hier darum handelte, eine der edelsten Bauten der Welt abzurufen, und es von vornherein sicher war, daß sein Künstler der Zeit dessen Schönheit nur erreichen könne; aber die gesunde Freude an der zeitgenössischen Kunstfähigkeit schreie nicht davon zurück. Niemand wird jedoch günstigeres über den Bismardplatz sagen können, als daß seine Architektur behaglich und unauffällig sei, dies ist viel, aber wir können, glaube ich, mit einiger Sicherheit sagen, daß die Tendenzen der heutigen Architektur genügend glücklich sind, um hier durch den Abbruch des Platzes ihm gleichseitig seine architektonische Ordnung zu geben. Dieses ist zu fordern und wird sichergehelt, da der vorgezeichnete Baukünstler einer der konsequentesten und bedeutendsten unserer Zeit ist. Dem Schreiber dieses Aufsatzes liegen die Pläne vor, er wünscht deren baldige Veröffentlichung, da er glaubt, damit allein schon viele Gegner des Projektes zu Freunden zu bekehren. Schon dadurch fügen sich die Entwürfe glücklich in den Plan

und das Stadtbild ein, daß sie die amerikanische und auch in den meisten deutschen Entwürfen gangbare Form, die durch starke vertikale Strebungen die Höhe des Hauses betonen, vermeiden, vielmehr die wagerechten ganz stark sprechen läßt. Von einem eigentlichen Hochhaus kann schon deshalb nicht gesprochen werden, da es nur 32 Meter, also niedriger wie das 40 Meter hohe Rathaus, ungefähr so hoch wie das Schiff der katholischen Kirche gedacht ist. Etwas rückt es nur an die beiden nördlichen Gehäuser des Platzes auf normale Straßenbreite heran, aber auch da nicht senkrecht, sondern in einer abgeflachten Schräge aufsteigend, während die nach Süden vorgehenden Seitenflügel den parallelen Häuserreihen entfernter und niedriger sind. Der größere Teil des Platzes bleibt unbebaut. Die nördliche Lage des Hauses bringt es mit sich, daß dem Platz kein Sonnenstrahl abgeflammt wird. Wenn der Platz eine Länge der Stadt benannt wurde, was an sich in Anbetracht des ein paar hundert Meter dahinterliegenden Schweizerwerts und der Nähe der Räckniser Höhe eine gelinde Uebertreibung ist, sei bemerkt, daß diese Länge recht viel Raum der Eisenbahn schluden muß, vor dem sie nun geschnitten wird. Die Bedeutung des Bismardplatzes als Ruheplätze für Erwachsene und Spielplatz für Kinder wird in allen Protesten ungeheuer übertrieben, und es sei beiläufig bemerkt, daß auf dem für den Bau vorgesehenen Teile allerdings ein kleiner Sandplatz sich befindet, der in dem verbleibenden gut untergebracht werden könnte, aber im übrigen keine einzige Bank geopfert wurde. Und ich meine, daß die Bewohner der Südring reichlich bescheiden sind, wenn ihnen als wirkliche Erholung, als wirklicher Spielplatz der Bismardplatz genügt. Sie sollten vielmehr von der Stadt fordern, baldmöglichst Pläne zu einem großen Volkspark mit Sportplatz und einem Stadion auf den Räckniser Höhen auszuarbeiten und vorzuschlagen, die Verwirklichung dieses Planes dadurch zu erleichtern, daß in dem Erbpachtverträge mit der Unternehmerin des Fremdenhofes und Bureauhauses dieser ein laufender Beitrag für die Erhaltung des Volksparks aufgelegt wird.

Die Frage über die Rentabilität des Unternehmens geht die Dresdener Bürgererschaft nichts an, vielmehr nur die Unternehmerin, und sollte deshalb aus der Diskussion gelassen werden. Das Bedenken, daß der Zugang zur inneren Stadt über den Platz verlängert und dadurch zum Beispiel die östlichen Umwohner von der inneren Stadt abgeschnitten würden, ist wohl kaum ernst zu nehmen. Abgesehen davon, daß der Weg kaum eine halbe Minute verlängert wird, wird man sich daran ebenso schnell gewöhnen, wie man sich die Diagonale über einen privaten Erbpacht durch dessen Bebauung abgeschnitten würde, oder wie kein Bewohner der Pragerstraße mehr daran denkt, daß sich diese in früheren Zeiten über die Eisenbahn weg, in gerader Linie über den Plauenischen Platz fortsetzte. Ich wundere mich, daß die Bewohner der Südring die großen geschäftlichen Vorteile, die der Zweck des geplanten Unternehmens ihrem Stadtviertel zuzieht, zu übersehen scheinen oder ihn gar bestritten, und verheißt deshalb nicht, weshalb auch diejenigen, die an sich die Notwendigkeit eines derartigen Unternehmens für unsere Stadt nicht verkennen, es so gern einer anderen Gegend zu gute kommen lassen möchten.

Künftighin sind gegen die anderen Projekte mehr oder weniger starke Bedenken zu erheben, während hier versucht wird, gerade aus diesem Gesichtspunkte heraus die Vorteile der geplanten Bebauung des Bismardplatzes zu entwickeln. Dito Hettner.

Zuckernot.

Auf eine Eingabe der Leipziger Handelskammer betreffend die Zuckerverzehrung hat der Reichsminister erwidert, die Zuckerverzehrung sei eine private Organisation. Der Regierung liege lediglich ob, für die möglichst pünktliche Verteilung des Zuckers auf das ganze Reich zu sorgen. Die noch nicht völlig zu überbrückenden Gründe der Zuckernot werden hauptsächlich in dem Mangel jeglicher Vorräte zu Beginn des Wirtschaftsjahres, in ungleichmäßiger Verteilung (durch größere Vorrückungen von verarbeitenden Industriem und Verbraucherguppen) und in dem Mangel größerer Bewegungsmittel gesucht. Die der Industrie überlassenen Bestände seien von der Öffentlichkeit überschätzt. Durch die allgemeine Freigabe der Einfuhr (Ende Mai verfügt) dürfte nunmehr die größte Not behoben sein. Nachrichten über inländische Zuckerverlieferungen an das Ausland seien haltlose Gerüchte. Die statistisch nachweisbare Ausfuhr betrage nur den Veredelungsverkehr.

— Oberregierungsrat v. Löben sollte nach einer aus der Teil-Union zugegangenen Meldung beabsichtigen, sein Amt im Ministerium des Innern aufzugeben und in die Industrie überzutreten. Hierzu wird diesem Bureau von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß nicht Oberregierungsrat v. Löben, sondern dessen gleichfalls im Ministerium des Innern tätiger Bruder, Geheimrat v. Löben, am 11. August aus seinem Amte ausscheidet, um in die Leitung der Girozentrale des sächsischen Gemeindeverbandes, nicht also in die Industrie, überzutreten.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresden Theater-Spielplan für heute: Neuhäuser Schauspielhaus: „Maurel und Schloffer“ (1/8). Residenz-Theater: „Der blonde Engel“ (1/8). Central-Theater: „Bürstentöcher“ (1/8).

† Central-Theater. Freitag, den 8. d. M. geht als letzte Revue der „Schwan“ „Der Mäurer“ von Lorenz Hespwood, für die deutsche Bühne bearbeitet von B. Posson in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen: Hecht, Vohle und Keller, sowie die Herren: Goh, Klaproth und Ulrich. Antikennungen: Oskar Vang. Bühnenbilder: Oskar Botonval.

† Kurtheater Bad Schandau. „Scampolo“, das Gassenmädchen von Rom, eine Komödie von Nicodemus, und der unermüdete „Hüttenbesitzer“ von Ohnet halben den Spielplan nach der besseren wie ersten Seite ausbauen. In einem Falle war Helga Johnson als Trägerin der Titelrolle, im anderen desgleichen Heinrich Kamm die Haupttänzer des Erfolges. B.

† Georg v. Hülken, dem kürzlich verstorbenen ehemaligen Berliner Generalintendanten, ist die neue Nummer des amtlichen Blattes des Deutschen Bühnenervereins, der Wochenchrift „Die Deutsche Bühne“, gewidmet. Neben einem Bildnis Hülkens bringt dieses Heft die Gedächtnisrede, die der Direktor des Deutschen Bühnenervereins Arthur Volk bei der Trauerfeier im Berliner Staatstheater gehalten hat. Fridor Landau bietet persönliche Erinnerungen an den Verstorbenen, und von diesem selbst werden „Gedankenpläne eines Intendanten“ aus dem Jahre 1901 zum erstenmal veröffentlicht. Es folgt eine Schilderung der Beisetzungs- und des Schlußbildes die zahlreichen Beileidskundgebungen, welche die tiefe Verehrung bezugen, die der ehemalige Präsident des Bühnenervereins auch nach seinem Rücktritt genossen hat.

† Der Streit um die Millionen-Erbchaft der Goethe-Gesellschaft beendet. Wie uns aus Weimar mitgeteilt wird, hat das Landgericht Gien in dem Prozeß um die Hinterlassenschaft des Bräutlings Marianne Duden in Gien zugunsten der Goethe-Gesellschaft entschieden, und zwar erhalten nach einem mit der Gebietsregierung Weimar getroffenen Abkommen die Goethe-Gesellschaft die Hälfte der Goethe-Häuser und die Goethe-Gesellschaft die Hälfte der 12 Millionen Mark betragenden Erbschaft. Bekanntlich hatten die Verwandten der Erblasserin das Testament mit der Begründung angefochten, daß sie bei Abfassung des Testaments nicht im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte gewesen sei.

† Der Film in natürlichen Farben. Uns wird geschrieben: Das Problem des Films in natürlichen Farben geht trotz aller Erfinderkraft bisher als ungelöst. Bei uns sind seit längerem ernstliche Versuche im Gange, und

nun kommt auch aus Wien eine Nachricht, daß es durch Dr. Adolf Snatel gelöst sei. Natürlich muß auch diese Nachricht mit größter Zurückhaltung aufgenommen werden. Nach den Versicherungen des Dr. Snatel ergibt die Projektion nach seinem Verfahren Bilder von ungeahnter Schönheit und Wahrheit. Zudem soll das System mit keinerlei wesentlichen Kosten behaftet sein. Der Erfinder behauptet, es sei ihm geglückt, durch die Wahl geeigneter rotierender Farbentblätter und durch Anbau einer kleinen Vorrichtung am Aufnahmegerät und am Vorführungsapparat, das bisher bei ähnlichen Versuchen zu sehr störende Flimmern des Bildes gänzlich auszuschalten. Dr. Snatel arbeitet an der Verwirklichung seines Verfahrens in einem eigenen Atelier in der Nähe von Wien. Er stellt als ersten Naturfarbentblat „Rotes Erretzung“ nach dem Märchen von Hauff her, um an diesem Beispiel die Möglichkeit größter natürlicher Farbenpracht, wie sie sich aus dem Stoffe ergibt, zu beweisen. Man wird natürlich abwarten müssen, ob die Lösung dieser wichtigen Frage diesmal tatsächlich gelückt ist. Jedenfalls würde eine solche Lösung eine unerhörte Bereicherung des Films gewährliefern.

† Was das Meerwasser enthält. Aus was besteht das Meerwasser? Tummte Frage, natürlich aus Wasser. Aber ganz so dumme ist die Frage doch nicht, denn das Meerwasser enthält noch sehr viele andere Dinge. Man hat im Wasser des Ozeans nicht weniger als 80 verschiedene Chemikalien entdeckt, und es gibt wahrscheinlich noch mehr davon, von denen wir vorläufig nichts wissen. Unter diesen Bestandteilen des Meerwassers befindet sich neben Salz, Magnesium usw. auch Gold; dieses ist freilich nur in so kleinen Mengen vorhanden, daß sich eine systematische Goldwäsche aus dem Meere nicht lohnt und deshalb die verführerischen Vorstellungen des Ozeans als Goldgrube im wahren Sinne des Wortes zu Wasser werden. Die Menge fester Substanzen im Meer ist in den einzelnen Teilen sehr verschieden; so hat man zum Beispiel im Atlantischen Ozean durchschnittlich 8 1/2 feste Teile in je 100 Teilen Wasser gefunden, während die Ostsee nur 1/2 Teil fester Substanz in je 100 Teilen Flüssigkeit enthält. Da die gewöhnlichen Lichtstrahlen das Wasser nur bis zu einer Tiefe von 25 Fuß durchdringen, so ist es schon 300 Fuß unter der Meeresoberfläche stockdunkel. Ähnliche Strahlen, die auf die photographischen Platten wirken, können viel tiefer ins Meer eindringen, und Versuche haben gezeigt, daß bei klarem Wasser photographische Aufnahmen noch in einer Tiefe von 1500 Fuß möglich sind. Wasser ist ein schlechter Wärmeleiter, und infolgedessen ist die Temperatur des Meeres von der auf dem Grunde oder in der Luft weitens verschieden. In den Gewässern der Polarzone ist das Wasser wärmer als das Land; in den tropischen Ländern dagegen ist das Wasser kälter als die Luft.

Ungedruckte Strindbergbriefe.

Zwei neue Briefe Strindbergs, soeben zum ersten Male der Öffentlichkeit bekanntgegeben, charakterisieren bei all ihrer Kürze den ganzen Strindberg, den Dichter und den Menschen. Den Anlaß der nachstehenden Korrespondenz bot die deutsche Erstaufführung von Strindbergs Kommerzspiel „Der Pelikan“ oder „Der Scheiterhaufen“ im Sommer 1900. Dem damaligen Spielleiter E. C. der sich um das Zustandekommen der Aufführung sehr bemüht hatte, schrieb der Dichter in seiner mehr kernigen als verbindlichen Art:

I.
Luleå, den 4. Juni 1900.

Herr Ebers!
Mein Ueberlieferer schreibt mir, daß Sie meinen „Pelikan“ aufführen wollen. Sie irren, wenn Sie glauben, daß Sie mir damit einen großen Gefallen tun. Ich liebe die Schauspieler nicht. Sie sind so einseitig, anzusehen, der Dichter könne nicht ohne sie leben. Und ich, wenn Ihnen sagen, die Pektore des „Rau“ hat mir einen härteren Eindruck vermittelt, denn eine gute Aufführung. Sie wissen vielleicht nicht, daß ich eine Zeitlang selbst Schauspieler war. Also alles Handwerkermäßige Ihres wunderlichen Welters kenne.

Teilen Sie mir aber trotzdem mit, wie? und wann? Sie mein Stückchen spielen wollen. Dr. A. erzählt mir übrigens, Sie wären ein tüchtiger Mann im „Neor“ gewesen. Hoffentlich ist Ihre Begabung auch meinem „Friedrich“ anadä.

Meine Hochachtung
ges. August Strindberg.

II.
Luleå, den 12. Juli 1900.

Herr Ebers!
Sie haben nicht Unrecht. Die männlichen Personen meiner Stücke sind fast alle Brandstifter. Und leider gibt es in der Welt mehr frühzeitig abgebrannte Menschen, als abgebrannte Häuser. Für die erste Kategorie leider aber keine Feuerversicherungs-gesellschaften, um den zerstörten Tempel wieder aufzubauen. Da wandelt man an öden, traurigen Brandmauern vorüber, in denen nur noch ein Sturm die vorhandene Asche in etwas Wind umwehen kann. Diese klägliche Glimmen wird dann endlich nicht durch Wasser, sondern nur durch Erde gelöscht.

Auch ich beginne durch meine Krankheit bald so etwas wie eine Brandmauer zu werden.

Also, am 21. Juli folgt mein Spielchen im Speffertz-Theater!
Meine Hochachtung
ges. August Strindberg.

3 grosse Siege

innerhalb einer Woche

● Eifel-Rundfahrt 15. Juli 1922 ●

5 Runden à 33,2 km = 166 km mit 1300 Kurven und 12-15 % Steigung

Sieger: Start 7 Fritz v. Opel auf 8/25 Opel mit Peters Union Zahnrad
Start 6 F. Dumont auf 5/15 PS Wanderer m. Peters Union Zahnrad

In den Einzelklassen wurden auf Peters Union Zahnrad-Reifen errungen:	6. Zustrassen	Bis 6 PS.	auf	6 PS. Aga	2. Mähler	Bis 10 PS.	auf	Simson 10 PS.
	7. Gildemayer			6 PS. Fafnir	3. Conzen			10 PS. Steiger
	8. Körting			6 PS. Körting		Bis 16 PS.	auf	18 PS. Adler
	9. Hockenheimer			8 PS. Opel	4. Hammerschmidt		auf	12 PS. Steyr.
					6. Gerbrecht			

● Fernfahrt Berlin-Amsterdam 10./11. Juli 1922 ●

Betriebsstoffverbrauchs-, Zuverlässigkeits- und Schnelligkeits-Prüfung. 760 km.

Sieger: Ing. Stuhr auf 8/24 Dürkopp mit Peters Union Zahnrad erhielt großen Preis und große goldene Medaille für beste Zeit und geringsten Brennstoffverbrauch = 73 l für 760 km.

Gegen 25 Konkurrenten u. a. mit vielen ausländ. Reifenfabrikaten war nur der Dürkopp-Wagen des Herrn Ing. Stuhr mit Peters Union Zahnrad-Reifen am Start und ging als Sieger im Gesamtklassement durchs Ziel.

● Baden-Badener Automobil-Turnier 10./16. Juli 1922 ●

um den Batschari-Wanderpreis

Sieger: Ing. Kappler auf 24/60 ps. Benz mit Peters Union Zahnrad zugleich Gewinner des Batschari-Wanderpreis für 1922.

In den Einzelkonkur. wurden auf Peters Union Zahnradreifen erzielt:	Schönheitskonkurrenz	Flachprüfung	Bergprüfung	Geschicklichkeitsprüfung:	Gesamtergebnis:
	a) Tourenwagen	Klasse I	Klasse I	Klasse I	1. Ing. Kappler
	1. Behrens auf 28/95 Mercedes	1. Dr. Tigler auf 6/16 Benz	1. Dr. Tigler auf 6/16 Benz	2. Winter auf 6/20 Aga	2. Schulze-Steprath
	b) Sportwagen	Klasse II	Klasse II	Klasse II	
1. Gen.-Dir. Hof auf 28/95 Mercedes	2. Dir. Wendt auf 6/18 Dixi	2. Frhr. v. Thüna auf 6/25 Mercedes	3. Dr. Tigler auf 6/16 Benz		
2. Schröder auf 14/20 Benz	2. Schulze-Steprath auf 10/30 Benz	3. Dir. Wendt auf 6/18 Dixi	Klasse II		
3. Hofmann auf 9/30 Presto	Klasse IV	Klasse IV	1. Walb auf 10/30 Benz	1. Schulze-Steprath auf 10/30 Benz	
	Klasse V	Klasse V	Klasse IV	Klasse IV	
c) Geschloss. Wagen	2. Ing. Kappler auf 24/60 Benz	2. Ing. Kappler auf 24/60 Benz	1. Ing. Kappler auf 24/60 Benz	Klasse V	
2. Dir. Götte auf 8/35 Dinos	2. Gen.-Dir. Hof auf 28/95 Mercedes	3. Romer auf 17/60 Austro-Daimler	2. Gen.-Dir. Hof auf 28/95 Mercedes		

Mit diesen 3 großen Siegen ist endgültig der Beweis erbracht, daß der

PETERS UNION Zahnrad-Reifen

wegen seiner technisch hochstehenden Konstruktion und Profilierung an Schnelligkeit, infolge geringstem Rollwiderstand, Gleitschutzwirkung, Betriebssicherheit und Zuverlässigkeit unübertroffen ist. Dies alles und seine Wirtschaftlichkeit begründen seinen Ruf als

Reifen der Gegenwart!

